



AMTSBLATT DER GEMEINDE SONSBECK

- Amtliches Verkündungsblatt -

37. Jahrgang

Sonsbeck, 16. März 2023

Nr. 04/2023

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage	2 - 3

Herausgeber:

Der Bürgermeister der Gemeinde Sonsbeck, 47665 Sonsbeck, Herrenstraße 2, Rathaus

Verantwortlich für den Inhalt:

Bürgermeister Heiko Schmidt

Erscheinungsweise:

nach Bedarf

Bezug:

Abholung im Rathaus; auf Wunsch Zustellung gegen Erstattung des Portos nach entsprechendem schriftlichen Antrag an die Gemeinde Sonsbeck.

Ordnungsbehördliche Verordnung

über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen

im Gebiet der Gemeinde Sonsbeck, Ortsteil Sonsbeck (Ortskern) vom 03.03.2023

Auf Grund des § 6 Abs. 4 des Ladenöffnungsgesetzes (LÖG NRW), in der derzeit gültigen Fassung, in Verbindung mit § 27 Abs. 4 Ordnungsbühdengesetz (OBG), in der derzeit gültigen Fassung, wird für die Gemeinde Sonsbeck verordnet:

§ 1

Verkaufsstellen dürfen im Ortsteil Sonsbeck an folgenden Sonntagen geöffnet sein:

- | | |
|-------------------|--|
| 26.03.2023 | in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr (Frühlingsmarkt) |
| 11.06.2023 | in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr (Brunnenmarkt) |
| 17.09.2023 | in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr (Herbstmarkt) |

§ 2

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen des § 1 Verkaufsstellen außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten offen hält oder in diesen Geschäftszeiten andere als die zugelassenen Waren verkauft.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 12 des Ladenöffnungsgesetzes (LÖG NRW) mit einer Geldbuße bis 5.000,00 € geahndet werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt der Gemeinde Sonsbeck in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Ordnungsbehördliche Verordnung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Ordnungsbehördliche Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Sonsbeck, 03.03.2023

Gemeinde Sonsbeck
als örtliche Ordnungsbehörde
Der Bürgermeister
In Vertretung
TENHAGEN